

# Die Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 127 Jahrgang 215

**Bezugspreis:** monatlich 12 M., ohne Schutzgebühr. Abbestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unterhalbzustellende entgegen.  
**Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die erste Spalte am ersten Abdrucktag 1.50 M. Die zweite Spalte am ersten Abdrucktag 1.00 M. Später nach dem amtlichen Tarif der Deutschen Anzeigen-Anstalt.  
**Geschäftsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernamt Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5400 und 5610. — Postfach-Nr. Leipzig 20512.  
**Geschäftsstelle Berlin:** Bernauer Str. 30. Fernamt Amt Kurier Nr. 6990. Kleine Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

## Verzicht auf Genua?

„Daily Mail“ berichtet aus Paris, es werde für fast sicher angesehen, daß infolge der Lage der britischen Regierung die für den 11. April angedachte Konferenz von Genua nicht stattfinden werde. Im französischen Ministerium des Auswärtigen ist darauf hingewiesen worden, daß man Anfang an die Zustimmung Frankreichs für die vorgeschlagene Konferenz nur eine bedingte gewesen sei. Der britische Berichterstatter der „Weltmeister Gazette“ schreibt, in französischen politischen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß die Konferenz von Genua auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Unter den anglofranzösischen Umständen könne die Konferenz nicht stattfinden. Bismarck sei keineswegs der Wiederannahme vorläufiger Handelsbeziehungen mit Rußland abgeneigt, es würde jedoch dem englisch-deutschen Gedanken des Verfalls von Rußland an Rußland den französisch-deutschen Gedanken der Entwaldung der Wirtschaften und des Handelverfalls entgegenstehe. Die Politik gegenüber Rußland sei vollkommen unabhängig von Genua. Genua werde Frankreich nicht helfen, bessere Bedingungen von Rußland zu erhalten. Es sei sicher, daß auf französischer Seite Verhandlungen mit Rußland abgelehnt würden, daß die Stimmung in Frankreich für eine sofortige Vereinbarung mit Rußland ist und daß bereits ein ziemlich reger Handelsverkehr zwischen beiden Ländern bestehe. Die Franzosen würden in ihrer Ansicht, Genua preiszugeben, durch die Lage in England befestigt. Man frage sich, ob England immer noch nach Genua gehen und ob Lloyd George vor oder nach Genua zurücktreten würde. Der Berichterstatter führt fort, daß die Reparationsprobleme ebenso wie das Wirtschaftsprobleme nicht zur Verhandlung kommen solle, könne man sich fragen, was Deutschland nach von Genua erwarte. Deutschland sei vollkommen in der Lage, zu einem Nebereinkommen mit Rußland zu gelangen, ohne sich mit ihm in Genua an einen Tisch zu setzen. In Wirklichkeit sei es gerade die Fähigkeit Deutschlands sich mit Rußland zu einigen, die Frankreich auf den Plan gerufen habe. Frankreich könne es sich nicht länger leisten, zu schwächen; es müsse mit Deutschland in Wettbewerb treten. Deutschland werde bei einer Verhandlung mit Rußland abbrechen, als in einer Verhandlung mit Genua nicht abbrechen. Die Frage, ob Rußland selbst überhaupt noch nach Genua zu gehen? Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß Rußland die ganze moralische Wirkung, die es von der Teilnahme der Einladung allein erwartete, erreicht habe und daß es von der tatsächlichen Zusammenkunft als solcher wenig mehr erwarten kann.

## Schuldenverminderung auf 45 Milliarden?

„Welt Posten“ teilt Einzelheiten über den Plan mit, den Robert Corne auf der Finanzministerkonferenz über die Regelung der deutschen Zahlungen gemacht hat. Danach sollen die Schulden in zwei Teile geteilt werden. Im ganzen würden etwa 110 Milliarden verbleiben, wovon 65 Milliarden als Schulden der Alliierten von Deutschland nicht eingezahlt werden. Der Rest, etwa 45 Milliarden, müsse von Deutschland in nicht allzu langer Zeit entweder bar oder in Naturalieferungen anbezahlt werden. Jede der alliierten Mächte würde sofort anbezahlt haben, in welchem Maße sie Geld oder Naturalien zu erhalten wünsche.

## Der geduldete Premier

Seine gestern im Unterhause abgehaltene Versammlung von Parlamentariern und unionistischen Mitglieder des Unterhauses, die einberufen werden war, um eine Entschädigung auszusprechen, durch die die Führer der Parteien in ihrer Entschlossenheit, zu dem Premierminister zu stehen, unterstützt werden, hatte, wie gemeldet wird, nicht den beabsichtigten Erfolg. Die auf der Versammlung in voller Stärke anwesenden „Unberufenen“ (bekannt unter dem Namen „Diegel“) erklärten, „Daily Telegraph“ zufolge, daß sie einen Sieg abgesehen hätten, da die geplante Entschädigung nicht zur Abstimmung überreicht wurde und die Entscheidung ohne ein größeres Ergebnis auf unbestimmte Zeit vertagt worden sei. In dem über die gestrige Versammlung von den Parlamentariern herausgegebenen Sitzungsbericht heißt es, die allgemeine Stimmung der Versammlung sei jeder Aktion sehr abgeneigt gewesen, es sei so gut wie keine Meinung bemerkbar gewesen, die Koalition aufzulösen und keinerlei Wunsch, den unionistischen Führern die Unterstützung zu entziehen. Im Zusammenhang damit weist „Daily Telegraph“ darauf hin, daß die Frage des Rücktritts des Premierministers noch immer in der Schwebe sei. In gut umschriebenen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß nach seiner Rücktritt aus Gerichts als möglich sei. Unter diesen Verhältnissen werde die Innenpolitik der Aufrechterhaltung der Einheit der unionistischen Partei demnach gerichtet, und es werde zugegeben, daß der Tag bald kommen könne, an dem die Führer über die Aufgabe gestellt würden, eine gemeinsame konservative Regierung zu bilden. — „Daily News“ erörtert in dem Ergebnis der Versammlung der Konservativen und Unionisten eine Revolte der Tories und einen „Kampf der Unberufenen“. Das Wort der unionistischen Parlamentarier habe damit der Koalition gefährdet. Das Wort nach dem Wort hin, daß die Versammlung eigentlich einberufen war, um der Regierung der Konservativen für die Koalition unter Führung Lloyd Georges Ausdruck zu geben, daß sie es jedoch abgelehnt hätten, irgendeine Entschädigung anzunehmen, welche die Unionisten zur Unterstützung der Koalition über Lloyd Georges verpflichtet hätte. „Daily News“ frucht:

Was wird jetzt Chamberlain tun, und was wird Lloyd George tun? Keiner von beiden könnte es sich ohne Einbuße an Autorität leisten, die Weigerung dieser Verammlung von konservativen Parlamentariern, der Koalition und ihrem Führer, die Vertreten zu bezeugen, unbedacht zu lassen. Die gestrige Versammlung sei das Gebährnis, daß die Tories der Koalition überdrüssig seien.

In konservativen englischen Kreisen glaubt man, daß, wenn Lloyd George es ablehnen würde, nach der Konferenz von Genua die Regierungsgeschäfte weiterzuführen, Lord Borchard an seine Stelle treten würde.

## Besprechungen über das Wiesbadener Abkommen

In den letzten Tagen haben zwischen deutschen und französischen Vertretern im Biedersteinerhause in Wiesbaden Verhandlungen stattgefunden, die den Zweck verfolgten, grundsätzlich zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Grundzüge des sogenannten Deemleinmannschen Abkommens sich mit dem Wiesbadener Abkommen vereinigen und auf den Zweck des Biedersteinerhause Verhandlungen lauten. Eine abschließende Stellungnahme der beiden Regierungen liegt noch nicht vor. Die französischen Vertreter zeigten gestern nachmittag von Berlin ab.

## Der Heimat- und Königsbund

Der Baderische Heimat- und Königsbund hat seinen Oberpfälzer Stammbund nunmehr in Regensburg gegründet. Dr. Helm ließ alle Anhänger des christlichen Föderalismus und der alten Monarchie willkommen. Die Revolution habe das Gegenteil des Verprochenen gebracht. Leute, die sich bei der Revolution „auf den Boden der Tatsachen“ gestellt hätten, würden, sich gegebenenfalls auch wieder darauf stellen. Vor allem müsse die Jugend gewonnen werden, die die alten Verhältnisse nicht mehr kennen. Ein Preisfest werde errichtet und eine kernig redigierte Zeitschrift des Heimat- und Königsbundes herausgegeben. Dr. Helm schloß mit dem Wunsch, daß auch König Ludwigs Sohn die Krone tragen möge.

## Republikanische Moral

In der wöchentlich folgenden Beilage des „Berliner Tageblatts“, dem „M.F.“, befindet sich in der Nr. 10 vom 10. März ein Gedicht, in dem die heutige Lebensanschauung, wie sie in dem schönen Worte „Immer Treu und Redlichkeit“ Ausdruck gefunden hat, in schamloser Weise mit Schmutz besudelt wird. Eingangs heißt es in dem Gedicht:

Immer Treu und Redlichkeit  
 bis an dein tüftles Grab —  
 dann fällt dein Rod dir vor der Zeit  
 vom Leib in Felsen ab,  
 dann würgt du mühsam in den Schlund  
 dein Margarinevot,  
 dann heißt du stets ein Lumpenhund,  
 bis daß du einfaßts tot! —

Nachdem dann geflüstert wurde, wie glänzend es dagegen dem Wohlstand im republikanischen Deutschland geht, — „den ich schaff mal in ein „Wirtschaftsmittel“, und den hat es gut“ —, daß er überaus prassen und schlemmen und halb Millionen werden könne, wird sogar behauptet, daß auch die Gerichte ihm wohlgeigelt seien:

Frau Demis ist ihm wohlgeigelt:  
 packt man ihn unterhoft,  
 so ist die Gute hüfnerblind  
 und spricht ihn frei gar oft.  
 Und kommt er wirklich ins Kaschof,  
 auch solches schreiet ihn nie,  
 dann sagt er sich: „Du lieber Gott,  
 halt gib's 'ne Amnestie!“

Hier werden zwei verschiedene Dinge zusammengewürfelt. Die Gerichte sind an der Amnestierung der Verbrecher schuldlos. Diese Verhöhnung der Staatsgewalt verbieth aber noch vor der Schluchthöhe des Gebühres:

Drum läse Treu und Redlichkeit,  
 und wenn du einfaßts tot,  
 schreiet man aufs Grab dir groß und breit  
 ein Wort nur: — — — „I do it!“

Wißtlicher kann die Erziehung zum Schiebetrug kaum noch betrieben werden, als es hier geschieht. Das ist echt jüdisch, nicht deutscher Gei. Das Zeugniss aber ist, daß das Gedicht in seinen laienhaften Angaben teilweise gar nicht so unrecht hat. Wir erinnern uns auch, das Wort „Schiebetrepublik“ schon vor langer Zeit selbst in sozialistischen Blättern gelesen zu haben. Das Gedicht im „M.F.“ dürfte als getrunnes Spiegelbild republikanischer Moral angesehen werden können.

## Zur sogenannten Rheinischen Bewegung

Herr Dörten war in Paris. Dörten in Paris, heute, wo ein Rheinischer Rheinischer regiert, heißt: der Führer der rheinischen Separatisten verhandelt mit den Franzosen, deren offenes Ziel die Annexion des linken Rheinufers ist. Damit ist Dörten endgültig gerichtet. Das heutige Treiben der Dörten, Emselt und Genossen hat mit den Lösungsbestrebungen im Rheinland Anfang 1919 nichts mehr zu tun. Das muß einmal festgestellt werden, um mit solchem Urteil und fundierten Verdächtigungen aufzuräumen. Die sog. „Rheinische Bewegung“, die kurz nach dem Zusammenbruch der Revolution die Rheinländer zu leidenschaftlichen Kämpfern für und wider auswählte, ist längst als ein Streben zu damals vielfach nicht unbegründeten Zielen überwinden. Heute pflegt die öffentliche Meinung diese rheinische Bewegung kurz und bündig als einen Versuch zum „Landeserrat“ zu verurteilen. Ja, man glaubt heute noch mißtraulich gegen die Rheinländer sein zu müssen. Man appelliert so oft und ungeschickt an ihre Treue, daß es nachgerade peinlich im Rheinland empfunden wird. Man sollte sich lieber einmal über die Gründe der damaligen Bewegung klar werden und erkennen, daß nicht verätherliche Absichten, sondern der Wille zur Rettung der Rheinlande und Deutschlands nach Mitteln der Selbsthilfe ludete. Im Reich ging alles drunter und drüber. Die Arbeiter- und Soldatenräte regierten. Spartakus miederte mit Waffengewalt und Handgranaten. Der Bolschewismus drohte das Reich in ein Chaos zu stürzen. Die provisorische Regierung in Berlin war macht- und hofflos. Deutschland schien vor unabwehrbarem Untergang zu stehen. Und nicht nur im Rheinland ludete man nach Mitteln und Wegen, um zu retten, was noch zu retten war. Man dachte daran, Deutschland östlich der Weiser abzutheilen. Von der Peripherie des Reiches aus sollte dann die Geltung, der Wiedereinbau in Angriff genommen werden.

Glaubte man so den innerpolitischen Gefahren der Reichsregierung entgegenzutreten zu können, so schien die französische Gefahr für den Rhein eine sinnlose, entsehlende Selbsthilfe zu fordern, den rheinischen Fronten — selbstverständlich im Verbot des Reichs. Man vergebennächtige sich folgendes: die alliierten Truppen standen am Rhein. Das besetzte Gebiet war hermetisch vom übrigen Reich abgedichtet. Die französischen Forderungen würden durch die laudende Annexion des linken Rheinufers, 15 jährige militärische Besetzung. Man dachte sich in die Lage der Rheinlande: 15 Jahre lang die Herrschaft der Soldateska. Um die Rheinlande vor der drohenden französischen Annexion zu retten, darum drängte ein großer Teil des rheinischen Volkes — eine Zeitung zweifellos der größere Teil — zur Schaffung des rheinischen Reiches.

Die Franzosen haben den Rheinländern die Augen geöffnet. Sie erkannten, daß ein rheinischer Freistaat der erste Schritt zum Ruferstaat unter französischer Herrschaft führen müßte. Es wiederholte sich, was sich schon einmal, nach der französischen Revolution in den Rheinlanden abgelehnt hatte. Auch damals strebten die führenden rheinischen Köpfe nach einer „eigenständigen Republik“. Görres hat diese Pläne in einem Schreiben vom 1. August 1814 an den Minister Freiherrn von Stein motiviert: „Man litte . . . zuerst in mir die Idee auf, die Vereinigung mit Frankreich zu verhindern, daß diese Länder (die rheinischen) sich unabhängig erklärten. Meine Gedanken waren, in Gemeinschaft mit Belgien monatlich das Elsass mit in den Bund zu ziehen, dadurch auch die Schweiz mit Holland zu verknüpfen, und zu einem Bundesstaat an der Grenze Frankreichs und Deutschlands zu bilden, der sich denn in letzterer Stunde zu etwas gekommen wäre, leicht wieder auflösen konnte. . .“

Deutschland hat aus der Geschichte nichts gelernt. Die Görres und die Rheinländer befeht worden, als sie das Schwedensregiment der Sorden der Sanktboten mit und ohne Dolm auf dem Saale hatten, und die Rheinlande anerkannt wurden, so mußten jetzt die Franzosen wiederum nach Befehlung sorgen. Und sie taten es diesmal schneller, nach gründlicher. Demoralisierung der Rheinlande, wirtschaftlichen Verfallens von unmöglichen kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Aufständen. Diesmal brachten sie nichts als brutale Strengere. Aber die Rheinländer begriffen sehr schnell, daß sie ihr Selbstbestimmungsrecht nur dazu brauchen dürften, um sich dem Tyrannen Frankreich auszuliefern. Als Ende März 1921 bekannt wurde, daß die Annexionsforderungen Frankreichs auf der Barriere Konferenz gelehrt seien, da war die log. rheinische Bewegung schon erledigt. Was nachher folgte, der Aufbruch der Autonomen in der Nacht am 18. Mai und die spätere Ausrufung der „Rheinischen Republik“ durch Dörten in Wiesbaden, das waren bereits Versuche am Untergang zu scheitern. Die rheinische Bevölkerung lebte erloschen ab.

Es ist darum ein Unfinn, wenn man heute noch von einer rheinischen Bewegung spricht oder schreibt. Genua, es abt nur einmaele, die sich in diese Idee verbohrt haben.

Sie sind nur noch katholisch zu befehlen. Eine Gefahr sind sie nicht, denn hinter ihnen stehen keine Waffen. Ihr Treiben ist als Landesverrat an Brandmarken. Von Zeit zu Zeit ist es noch, welches öffentlich festzustellen. Denn die reichliche Munitionspolitik beweist die, Sondereinheiten als Kampfschlacht und möchte die Welt glauben machen, daß hinter ihnen der Wille des Rheinischen Volkes steht. Mag kommen, was da will. Rheinländer und Franzosen scheiden sich wie Feuer und Wasser, je und immer.

## Deutscher Reichstag

### Der Reichswahlgesetz angenommen.

Am 2 Uhr 20 Minuten nachmittags wird die Sitzung eröffnet. Der Oberpräsident über die Vereinerung von Bayern mit Preußen wird nach kurzer Debatte dem Hauptauschuß übergeben. Im Laufe der Debatte verlangt **Abg. Ainen** (Comm.), daß endlich mit der Kleinratswahl ein Schluß gemacht werde, und fordert eine großzügige Vorlage auf Zusammenlegung von Bundesstaaten.

**Abg. Koch** (Dem.) gab dem Wunsch Ausdruck, daß auch der maldische Gewerkschaft gleich mit Hilfe übernommen werden sollen, da ja tatsächlich die ganze maldische Bevölkerung bereits in preussischen Händen sei.

**Abg. Dr. Stahl** (D. Vpt.) und **Abg. Neufuss** (Deutschf.) stimmten der Vorlage ebenfalls zu, meinten aber, daß noch einige wichtige Bestimmungen im Ausschuß zu machen seien, während **Abg. Schulz-Prümmer** (Deutschf.), namens eines Teiles seiner Fraktion erklärte, daß die Vorlage auch ohne Ausbesserung aufzunehmen wollten.

**Preussischer Ministerpräsident Braun:** Durch eine längere Ausschussberatung würden die gegenwärtigen Verträge hinsichtlich der preussische Regierung leicht durchaus auf dem Standpunkte, daß die Entscheidung der staatsrechtlichen Dinge sich in der Richtung auf den deutschen Einheitsstaat bewegen soll. Diesem Ziele würde nicht gehindert durch Erhaltung von Kleinrenten auf Kosten Preußens, das durch den Gebietsverlust infolge des Friedensvertrages schon erheblich gelitten hat.

**Abg. Brininger** (D. Vpt.): Gatte der Ministerpräsident die Resolution genehmigt, so hätte er die Tatsachen nicht so bezweckeln können. (Gut! Gut!) Es handelt sich darum, daß im Felde zurückgebliebenen Krieger noch nachträglich zu ihrem Recht kommen sollen.

**Reichswahlminister Gehler:** Die sechs Geheimen Räte haben Demobilisierungsarbeiten geleistet. Vom letzten Kriegsmittler ist ihnen das G. S. verprochen worden.

**Ministerpräsident Braun:** Zurückgehaltenen Kriegsgesangenen soll das Kriegsgeld jetzt noch verleistet werden. Es muß aber einmal Schluß gemacht werden.

**Abg. Gailwitz** verweist darauf, daß noch 20.000 Gefangene vorliegen. Der Ministerpräsident hätte sich nicht in so ansehnlicher Weise über das G. S. ausdrücken sollen.

**Ministerpräsident Braun** bekräftigt dies. (Zuruf rechts: Sie haben von uns in Aussicht genommen, dem G. S. einvernehmlich als billigeres Kreditgeschäft alle, die es wirklich verdient haben. Es bleibt aber beim 31. Dezember 1921, es sei denn, daß Ansprüche von zurückgebliebenen Kriegsgesangenen an uns kommen.)

Nach längerer weiterer Debatte, in deren Verlauf der **Abg. Aisen** (Dem.) ebenfalls für die Wahrung berechtigter Ansprüche eintrat, als Demokrat und Kriegsteilnehmer aber seiner tiefen Bewunderung darüber Ausdruck verliehen hat, wie das Thema des G. S. hier behandelt wurde, schließt die Aussprache.

**Reim Kapitel:** Ministerpräsident Braun: „Nun, der Reichstag hat sich für die Wahl der Reichsminister entschieden. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.“

**Abg. Schulz-Prümmer:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Aisen:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Gailwitz:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Schulz-Prümmer:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Aisen:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Gailwitz:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Schulz-Prümmer:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Aisen:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Gailwitz:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Schulz-Prümmer:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Aisen:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

**Abg. Gailwitz:** Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt. Die Reichsminister sind bestimmt.

Nachdem die **Abg. Wolf** (U. C.) und **Zemmel** (Comm.) nach ihrer Mitteilung über die Entlassung der Soldaten aus sozialen Verhältnissen ausgedrückt haben, erstattet die Sitzung.

**Reichswahlminister Gehler:** Die Wahlvorschlüsse, die die **Abg. Wolf** gemacht, würden noch möglichkeit in der Tat ausgeführt werden. Die heutige Offiziersbildung ist anders als bisher. Der Anwärter habe zunächst zwei Jahre als Soldat zu dienen. Das Wehralter beim Militär sei das 27. Lebensjahr. Dazu käme die Wehrpflicht. Nachdem dieses für noch für ernsthafte Wehrpflicht beim Wehrdienst ausgedrückt und ausgesprochen ist, führt hat, daß die Soldatenzeit speziell für diesen Zweck ausgebaut werden, wird das Kapital bewilligt und eine Ersatzbildung angenommen, in der ein parlamentarisches Wehralter für Ersatzbildung und Bildungswesen beim Wehrdienst ausgedrückt und ausgesprochen ist. Der Etat des Reichshaushalts ist nunmehr fertig.

Dem **Marineetat** spricht **Abg. Hönig** (Comm.) seine Bedenken darüber aus, daß in der Marine noch kein verlässlicher Etat besteht.

**Reichswahlminister Gehler** entgegnet: Der Dienst in der Marine, die im höchsten Wehralter Wehrdienstleistungen, ist heute ein ganz anderer als früher. Rollen und Rängen erlauben es und kaum, ein Schiff ins Ausland zu schicken. Daher muß die Marine vielfach an Landdienst tun.

**Abg. Rühl** (U. C.) legt in längerer Rede die Gründe dar, aus denen eine Partei das Entzihen bei der Marine beschäme und den **Abg. Hönig**, und verteidigt sich gegen die Angriffe, die gegen ihn in der Sitzung als Ministerpräsident von Hofmeister geleistet wurden.

**Abg. Brininger** (D. Vpt.) entgegnet, die Selbstentlassung richte sich nach einer Selbstkündigung. Seit heute, daß Herr Rühl eine Rufmordentscheidung von 12.000 M. monatlich bezogen habe.

Der **Marineetat** wird sodann bewilligt. Morgen mittags 1 Uhr: Wortnehmungen, Mantelgesetz und Steuervorlage. Schluß 17 Uhr.

## Preussischer Landtag

Am 12 Uhr 25 Minuten mittags wird die Sitzung eröffnet.

Die zweite Beratung des Handelsetats wird fortgesetzt. **Abg. Meyer** (Dem.): Das deutsche Handwerk steht nicht in letzter Linie, der deutschen Arbeit in der Welt wider Geltung zu schaffen. Es leidet wahre Misere, das durch den Sozialismus des Handwerks hat es noch gute Weile. Bei der Förderung der Gewerkschaften muß Rücksicht auf das selbständige Handwerk genommen werden. Das trifft auch bei den öffentlichen Subventionen von Bauarbeiten zu. Es ist falsch, hier zu sagen, der Handwerksmeister lasse sich von seinen Gehellen und Begehlingen ernähren. Vielmehr muß der Meister mehr als acht Stunden arbeiten, will er zurecht kommen. Zum Klassenkampf ist das Handwerk nicht bereit. Es sucht nach dem sozialen Ausgleich mit den Arbeitnehmern. Es ist erfüllt von wahrer Gemeinschaftlichkeit.

**Abg. Wehrhüter** (Welfe): Die Polane des Handwerks ist auch vom Minister anerkannt. Die Handwerksmeister empfinden sie aber an eigenen Leibe. Der Achtundzigtage wird von vielen Arbeitnehmern selbst übergriffen, dadurch, daß sie noch an anderen Stellen weitere Arbeit übernehmen.

**Abg. Genz** (Deutschf.): Den berechtigten Wünschen des Handwerks und der Arbeiter muß seitens der Regierung genau so Rechnung getragen werden, wie denen der Arbeiter. Der Minister muß bestrebt bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Erhöhung der Verlehrsstarke ausführt und daß endlich auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen wird. Die De-mobilisationen müssen unbedingt im nächsten Sommer abgeschlossen werden. Der Budget erweiterung wird nach wie vor ausgeführt. Ich erinnere auch an die falsche Wohnungspolitik, die geeignet ist, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Auch hier ist die Zwangswirtschaft vom Uebel. Man trifft immer noch auf den hadernden deutschen Gewerkschaft, bald hat gerade in der Zukunft der Arbeiter für viele Jahre des Handwerks das Gegenstück eines Gegense. Bei den Kommunalverwaltungen müssen die Handwerksinteressen positiv gestützt werden. Den dringenden Wünschen des Zeitungsgewerbes, besonders auch der Nachrichtenvermittlung, muß endlich Rechnung getragen werden. Die Befreiung der Gewerkschaften ist ein Schritt, den das Handwerk nicht. Wer vertritt uns aber, das ist durch staatliche und kommunale Interventionen ungenügendste Bewegungen erfahren. Die Landesparlamentarier kümmern sich den

Kriegsschlüsseln, die Geis der Handelsgelehrten und großen kaufmännischen Käufer und die Herren Kromes.

Die Halle war mit Blumen und Flaggen festlich geschmückt. Die schwarzen Hausdiener trugen über den weißen Anzug Westen von bloßem Weizenkorn mit Aufschlägen in den Dieltischen Ausfarben; auf der blauen überhöhten Tafel prangte das Familienwappen, und die maurischen Bögen entlang leuchteten unzählige Tellämpchen. Alles war zum Empfang der Gäste bereit.

Maleen in schließendem weissen Gewebe de Chine-Kleid, trat an den hohen Spiegel des zur Garberode umgewandelten Schiffsimmers, um noch als letztes einen allen Familiensinn auszuweisen.

Zwei rechts und links am Spiegel bestiegte Armleuchter bestählten ihr Spiegelbild.

Maleen blieb mit dem Stamm in der Sand betroffen stehen. So schön konnte sie sein! Das hatte sie wirklich nicht gedacht.

Und mit dem Bewußtsein ihrer an diesem Abend wirklich strahlenden Schönheit kam eine große, stille Freude über sie, die ihr ganzes Wesen überleuchtete und ihr etwas Göttinnenhaftes verlieh.

Maleen sah in diesem Abend, daß sie magnetisch angezogen, daß ihr jeder Blick bewundernd folgte, daß jedes ihrer Worte erbeute, ihr Lächeln beflügelte, daß sie die Sonne war, und sie sich alles drängte.

Sie war eine edle Königin! — Sie genoß den Triumph der allgemeinen ehrerbietigen Fuldung, aber der Triumph wurde ihr kühl und kalt.

Wann es regnen, wenn alles zu Füßen liegt, ohne daß man sich rührt?

Nur eins bedauerte sie: daß Krome fehlte! —

Am frühen Morgen des übernächsten Tages brach Dietrich in Begleitung Erich Kromers und seiner Trägerkolonne auf.

Maleen und Kainer gaben den Anweisungen bis zum Hof Runge das Geleit.

Nach ein Auf und auf Wiedersehen! — dann folgte Georg der vorangehenden Kolonne, ohne sich noch einmal umzuwenden.

Teufel um die Handwerker. Sie machen, was sie wollen. Das Arbeitsnachweisesystem nimmt dem Handwerker das selbstgebaute Fachwerk. Wir wünschen, daß dieses Netz endlich durch den Staat in die Hände der Arbeiter übergeben wird. Wir sind gegen eine Parität der Arbeiter und Arbeitgeber. Bei lebenswichtigen Fragen der Arbeiter können die Arbeiter nicht mitreden. Wir verlangen ferner Beschäftigung des Clients. Rollen und die Arbeitslosen machen alle Anstrengungen, um unsere Wirtschaft in die Gewalt zu bekommen. (Beifall rechts.)

**Abg. Meier** (D. Vpt.) spricht sich gegen jeden Bezug beim Arbeitsnachweisesystem aus. Auch bei der Arbeitslosenversicherung dürfte eine Organisationsreform auszuüben werden. Die achtstündige Arbeitszeit reicht für die gewöhnlichen Produktionsverhältnisse nicht aus. Redner verlangt die Schonung der Interessen von Handwerk und Gewerbe bei der Gewerbesteuer.

**Minister Giering** schließt kurz auf die Erwerbsfrage ein und stellt fest, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in letzter Zeit beträchtlich gestiegen sei. Die Durchschnittszahl für das ganze Reich betrug 77 v. Z. für Berlin 136 v. Z. Bei den Vollzeitarbeitern, die sich mit der Arbeiterkämpfern befassen, werden Sonderkämpfe des Handels herangezogen. Die Finanzierung besonderer Preisabnehmern wird unannehmlich.

**Abg. Dreiß** (Wpt.) fordert steuerliche Schonung des Handwerks und Kleinrenten. Die gegenwärtigen Steuern müßten ein Entlastenmoment freilassen, das dem Einkommen eines Arbeitnehmers entspricht.

**Abg. Aisenmann** (Dem.) erwidert den Antrag der Zeitungsvorleger zur Verringerung der Post der Preise. Ohne Anstandsrecht ist der Presse eine Verbesserung und Verbilligung der Papierlieferung nicht zu erreichen.

Damit schließt die Besprechung des ersten Abschnitts. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Es folgt der Abschnitt Verlesene.

**Abg. Dieroth** (Dem.): Die Mittelmann der Frankfurter Zeitung hat nicht übersehen, daß Herr Stinnes seine Bankrotte nicht benutzt hat zur Förderung seines Wunsches zur Privatisierung der Eisenbahn. Wir wünschen eine Interessenvereinbarung der preussischen Regierungsverwaltung mit der Reichs-Eisenbahn, damit die Eisenbahn unabhängig von den privaten Stahlwerken werden. Der Reichshofen Duisburg-Wander darf unter keinen Umständen dem Privatkapital preisgegeben werden. Der Reichshofen ist dem Reich als Geschäftsbetrieb des Reichsbankverkehrs.

**Abg. Reichelt** (Rr.) wünscht eine bessere Anordnung des Eisenbahnverkehrs an die Bedürfnisse des Wirtschaftens. Die schlechte Anordnung habe die höchsten Kosten. Die Schuld an dem Mangel liegt nicht bei den Eisenbahnen, sondern bei der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Die Wirtschaftspolitik ist nicht praktikabel und wirkt nur schädlich. Der Staatsbankrott wird ausgebaut werden.

**Abg. Braun** (Dem.) schließt die mit dem letzten Eisenbahnervertrag verbundenen schweren wirtschaftlichen Schäden, den über die Erfüllung der Forderungen des Reichsregierendes. Die Not der Presse ist nicht allein auf die freie Wirtschaft zurückzuführen, sondern auch auf die brüderliche Steuerpolitik.

**Abg. Engelberg** (D. Vpt.) verlangt eine größere Berücksichtigung der preussischen Interessen im Eisenbahnen. Die Beschlüsse müßten besonders im Westen ausgebaut werden. Die Grundsatzpolitik ist sehr schädliche Wirkungen auf die Wirtschaft aus. Redner wendet sich dann gegen die Eisenbahnen Vorlesungen in der Duisburger Hofanlegenheit. Aus dieser Hinsicht Sade dürfte man keine Staatspolitik machen. Das entbehrt nicht dem Gedanken der großen Nation. Redner erwidert: Wir denken nicht daran, den Reichsbankrott abzuschaffen zu wollen, aber es darf nicht schematisch durchgeführt werden.

**Abg. Ziegenfuss** (U. C.) bekräftigt die Wichtigkeit der Darstellung des **Abg. Engelberg** über die Duisburger Hofanlegenheit und schließt sich dem **Abg. Dieroth** an.

Am 12 Uhr wird die Sitzung mit der Tagesordnung am Donnerstag 12 Uhr beendet. Außerdem Herrschaft Vorlesen.

Der neue Vorstand der Reichsregierung der D. S. D. Amt „Zei“ hat die Reichsregierung der Deutschen Volkspartei zum ersten Vorsitzenden **Abg. Dr. Stresemann** gewählt. Zweiter Vorsitzender **Dr. Weder**, dritter **Dr. Jopp**, vierter **Reichshof** und **Geschäftsführer Dr. Hunsicker**.

Die Reichsregierung hat den Reichsbankrott als Schmachta wurde vom zweiten Straftat der Reichsregierung als ungenügend verworfen. Es bleibt aber bei der Bestrafung des Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Und Maleen sah ihn nach. Sein Rüber, leicht gebeugter Rücken, sein kleiner Kopf, sein breiter Hals und dabei elastischer Gang, — wie war er ihr vertraut und lieb geworden!

Und plötzlich überdachte sie das ganze Gefühl des Verlassens. Wie ein Kind, das die Mutter sich mehr und mehr entfernen sieht, fühlte sie.

Mis müsse sie ihm nachlaufen, sich an ihn klammern und stehen: „Bleib! Laß mich nicht allein!“

Gerade wie es so gerne hätte hören wollen! Warum hatte sie ihm nur diese kleine, ruhige Bemerkung gesagt und ihm damit getrunken? Nun war es zu spät, es qui zu machen. Nun hatte er zwei Wochen, oder länger Zeit, über ihre Klagsfertigkeit nachgedacht und betäubt zu sein. Sollte sie ihm doch noch nachlaufen? Ihm noch nach folgen, wie unglücklich sie sich fühlte, um ihm getrennt?

Ach, sie errödete ihn nicht mehr! Die Entfernung zwischen ihnen war schon zu groß geworden. Gleich mußte die kleine Karawane in das Nichts der öde, einförmigen Wagnerröden tauchen.

Da endlich wandte er sich noch einmal um, und als er sie stehen sah, wankte er mit der Sand.

Sie klopperte ihr Radentwurf. Gähne er nur sehen können, wie ihr dabei die hellen Tränen über das Gesicht liefen!

Wie Rotz Weis! — überste Kainer, der erst, gleich ihr, der Karawane nachgehakt hatte, nun aber keine regevolle Schweißtröpfchen betraute. „Komm jetzt, Maleen, über dich!“ Da bist eine Soldatenoffizier.

„Ja, sie sah irgendwie ein, daß sie sich so nicht gehen lassen durfte. Nicht trockenete sie die Tränen, wandte sich Kainer zu und sagte: „Da wir mal beim Ras Runge sind, können wir der hübschen kleinen Maria Rosa gleich einen Morgenbesuch machen.“

Ihm wars recht.

Maleen und Kainer bogen in die herrliche Karawannenallee ein, die Schöpfung des verlassenen Barones. Es war eben sechs Uhr. Die Sonne überflutete den bläulichen Himmel mit allüberdem Feuer. Einformig dumpf schlug die See an den Felsen. (Fortsetzung folgt.)

## Im Lande der Verheißung

Ein deutscher Kolonial-Roman

von  
Fritz Frein von Bülow.

„Mein diemal bald es ihr nicht. „Gib dir keine Mühe, Feind. Daraus wird es nie und nimmer etwas. Wir marschieren schnell und ohne viel Geduld. Da kann eine Frau nicht mit. Lieberst sind gerade jetzt die Zustände nicht übermäßig sicher. Das Mischleppen einer Frau könnte die Expedition unter Umständen in recht üble Lage bringen.“

Sie sah feuchend ein, daß er recht hatte, und erwiderte:

„Ja, bleib ich eben daheim.“

„Ja, Herr. Das mußst du schon. Wirft du aber auch sehr sehr verständig sein, wenn ich fort bin?“

„Ja, außerdem kann ich Kainer nicht hüten.“

„Kannst du nicht gehen, Kainer verweist von Fremden mit dem Gesicht. Er traut ihnen keinen Kräfte zu, was er selber ausübt.“

„So wie du wirst er mich nicht verwöhnen.“

„Berühmst mir, nie ohne Skorpion an die Luft zu geben, solange die Sonne noch überm Horizont ist.“

„Auch um sieben Uhr morgens nicht?“

„Nein.“

„Auch nicht im Schatten?“

„Nein. Nie, von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends. Berühmst mir.“

„Ich berühmst.“

„Und nie Wasser trinken, hörst du?“

„Nie Wasser trinken.“

„Und nie zu rufen oder zu weit gehen!“

„Nie. Ist's nun bald zu Ende? Sonst kann ich mit gar nicht alles merken, du!“

„Ger und Frau von Dietrich geben ihr erstes großes Diner, zu dem die Epigen der europäischen Welt nachhergeben geladen waren: die Kommandant mit ihren Frauen, deren es allerdings nur zwei gab: die Engländerin und eine Amerikanerin, die Offiziere eines der Ungaria liegenden deutschen



Dovison-Notierungen

Table with columns for location (Amst., Brno, etc.), date (10.03.26), and price (101.95, etc.).

Berlin, 15. März.

Table with columns for location (New-York, Paris, etc.), date (15.03.26), and price (370.73, etc.).

nutzen. Aber die ärmliche Haltung der Devisen und die...

Amst., Brno, etc. 101.95, 101.60, 99.90, etc.

Berliner Metallnotierungen.

Table with columns for metal type (Raffinate-Kupfer, Orig.-Hütten-Weichblei, etc.), date (15.03.26), and price (903.9, etc.).

Table with columns for metal type (Weizen, Roggen, Wintergerste, etc.), date (15.03.26), and price (655-700, etc.).

Leipziger Notierungen

Table with columns for bank/industry (Chemnitz Bank, Leipziger Hypothek, etc.), date (15.03.26), and price (305, etc.).

Berliner Börse vom 15. März 1922.

Main market table with columns for 'heute gestern', 'neue gestern', and 'heute gestern'. Includes sections for Ausl. Eisen-Aktien, Industrieketten, Deutsche Eisen-Akt., Schiffahrts-Aktien, Pfandbriefe, Ausländ. feinstverzinste Wertpapiere, and Auswärtige Brauereien.